

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/69

9. April 1973

Gruß an den Parteitag !

---

SPD: die stärkste politische Kraft der  
Bundesrepublik

Von Alfred Kubel  
Ministerpräsident von Niedersachsen

Seite 1 und 2 / 47 Zeilen

Die Männer sind wieder einmal im Vorteil

---

Kritische Anmerkungen zum Arbeitsförderungs-  
bericht

Von Dr. Anke Riedel-Martiny NdB

Seite 3 / 42 Zeilen

Die Bayern im VII. Deutschen Bundestag

---

Viel Prominenz bei der SPD, und wenig  
Neue bei der CSU

Seite 4 bis 6 / 119 Zeilen

Gruß an den Parteitag !

SPD: die stärkste politische Kraft der Bundesrepublik

Von Alfred Kubel

Ministerpräsident von Niedersachsen

Auf den Tischen der Delegierten und Gäste des Parteitages in Hannover wird der Faksimile-Druck eines Berichtes liegen, der an jene denkwürdige Zentrale Parteikonferenz im Jahre 1945, in Wennigsen am Deister, vor den Toren Hannovers erinnert. Bei dieser ersten Parteikonferenz nach dem Kriege fand sich gewissermaßen noch aus der Illegalität heraus die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder zusammen. Die Konferenz, noch ohne klares Mandat, ohne Auftrag und auch ohne programmatische Beschlüsse, leitete damals die Wiederbegründung der SPD ein. In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie ist dieser Vorgang unlösbar mit dem Namen Hannover, wo dann der erste SPD-Parteitag nach dem Kriege stattfand, mehr aber wohl noch mit dem Namen Kurt Schumacher verbunden.

Ein solcher kurzer Rückblick in einer Stunde, in der die SPD zum Parteitag 1973 in Hannover zusammentritt, soll mehr sein, als eine nur sentimentale Erinnerung. Er ist die Rückbesinnung auf die Grundwerte des freiheitlichen Sozialismus, die uns damals aus dem Dunkel furchtbarer Jahre der Verfolgung, der Not und Bitternis wieder zusammenfinden ließen und die in der Solidarität ihren für die SPD unverwechselbaren Ausdruck finden.

Diese Solidarität hat ihre fundamentale Bedeutung für die

sozialdemokratische Partei nicht verloren. Gewiß: Die Zeichen der Zeit sind heute, fast drei Jahrzehnte danach, anders gesetzt. Nicht anders geworden aber ist unser gemeinsamer Wille, selbstbewußt und unbeirrt in offener und kritischer Diskussion unseren Weg in eine menschliche Zukunft, in eine allen Menschen gleichwürdige Zukunft immer wieder neu zu suchen.

Dabei wollen wir uns nicht von jenen irritieren lassen, deren Demokratieverständnis sich in kurzatmigem Taktieren erschöpft und die ihre eigene Schwäche dadurch vergessen lassen wollen, daß sie uns Zerrissenheit, Spaltungstendenzen, Radikalisierung und was sonst noch alles zum Vokabular törichter Besserwisser links und rechts unserer Partei gehört, aufschwätzen möchten.

Sozialdemokratische Parteitage sind schon immer aufmerksam beachtet worden. Im Freimut ihrer Debatten, in der Härte des Argumentierens, im schonungslosen Aufeinanderprallen von Meinung und Gegenmeinung bewiesen unsere Parteitage stets sichtbar eine lebendige Demokratie. Bequem waren diese Parteitage nicht, wie auch die Demokratie - soll sie frei von billiger und vordergründiger Gelegenheitsarbeit sein - nicht bequem ist. Bei alledem aber soll die Solidarität, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hundertneun zum Teil entsetzlich schwere Jahre hat überstehen lassen, und die heute als die stärkste politische Kraft in der Bundesrepublik Deutschland mehr als nur deutsches Schicksal entscheidend mitprägt. (-/9.4.1973/ks/ex)

+ + +

Die Männer sind wieder einmal im Vorteil

Kritische Anmerkungen zum Arbeitsförderungsbericht

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Bildungspolitische Nüsse zu knacken erweist sich häufig auch dann noch als schwierig, wenn der Nußknacker in den Händen der Verantwortlichen nach langem Hin und Her endlich aktionsbereit gezückt ist. Da wurde vor kurzem im Bundeskabinett der durch das Arbeitsförderungsgesetz 1969 vorgeschriebene sog. "Arbeitsförderungsbericht" vorgelegt, ein Bericht, der jeden nachdenklich stimmt, dem es um den Ausbau der Berufsbildung und der beruflichen Erwachsenenbildung ernst ist. Das Arbeitsförderungsgesetz ist ohne allen Zweifel ein beachtlicher Fortschritt auf dem Wege zu einer gezielten Förderung fortbildungswilliger berufstätiger Erwachsener. Nicht ohne Grund nahmen es im vergangenen Jahr 226.000 Personen in Anspruch, deren Förderung Ausgaben von rund 2,4 Milliarden DM verursachten; für 1977 rechnet die Bundesanstalt für Arbeit mit einer Gesamtsumme von etwa drei Milliarden DM.

Prüft man jetzt aber nach - wie dies der vorgelegte Bericht tut -, wem diese Förderung durch das Arbeitsförderungsgesetz vor allem zuteil wurde, so stellt sich heraus, daß es Bevölkerungsgruppen sind, die gegenüber anderen Berufstätigen bereits einige Privilegien besitzen: Sie sind männlich, sie sind Angestellte oder qualifizierte Facharbeiter, und sie wohnen in gut strukturierten stadtnahen Regionen. Frauen, ungelernte oder angelernte Arbeitnehmer und Landbewohner werden von dem durch das Arbeitsförderungsgesetz geschaffenen Berufsbildungsangebot in weit geringerem Hundertsatz erreicht.

Damit erweist sich bei der beruflichen Förderung ein Faktum als richtig, das sich auf anderer Ebene im Bereich der Kindergarten- und Vorschulerziehung gezeigt hat: Ein Bildungsangebot zu schaffen ist zwingend notwendig; notwendiger aber ist es, den Wunsch, zu lernen und sich weiterzuentwickeln, das heißt also, die Lernmotivation auch bei denen zu stärken, denen dieses Bestreben durch eine unzulängliche Sozialsituation in den Kleinstfamilien und durch ein überholtes Drei-Klassen-Schulsystem mit unzureichender Berufsbildung derzeit noch systematisch abgewöhnt wird.

Das beste Arbeitsförderungsgesetz nützt nämlich nichts, wenn Mädchen nach wie vor vorwiegend für die Ehe erzogen werden, so als sei diese immer noch die traditionelle Altersversorgung; wenn ferner die Berufsschule so bleibt wie sie ist; und wenn schließlich die Infrastruktur im ländlichen Raum auch künftig ein gleichbleibend unausgewogenes Arbeitsplatz-Angebot aufweist. Diese bildungspolitische Nuß bleibt eine Aufgabe für die Zukunft, an der Bund und Länder mit ihren Maßnahmen der Arbeitsförderung noch eine Weile zu knacken haben werden.

(-/9.4.1973/ks/ex)

+ + +

### Die Bayern im VII. Deutschen Bundestag

Viel Prominenz bei der SPD, und wenig Neue bei der CSU

Genau 86 der 518 Abgeordneten des VII. Deutschen Bundestages kommen aus Bayern: Das entspricht einem Sechstel des Bonner Parlaments. Das Bayernkontingent an MdBs ist um zwei Mann gegenüber der vorigen Legislaturperiode angewachsen. Aber nicht nur die Anzahl, auch das Gewicht der bayerischen Politiker, vor allem im SPD-Lager, dürfte im Bonner Bundeshaus beträchtlich angestiegen sein.

Die CSU-Landesgruppe hat sich wenig verändert. Das Durchschnittsalter der "schwarzen" Bayern liegt mit 48 Jahren relativ hoch. Nur sechs neue, der jüngeren Generation angehörige Abgeordnete sind in den Bundestag eingezogen. Dagegen gehören der CSU-Landesgruppe noch drei "Männer der ersten Stunde" an, Mitglieder des Bundestages seit seiner Gründung im Jahre 1949. Einer dieser Parlamentsveteranen ist der Landesgruppenvorsitzende Richard Stücklen, der dieses Amt auch in der VII. Legislaturperiode ausüben wird. Mit dem Landesvorsitzenden Franz Josef Strauß, dem eigentlichen Anführer der CSU-Abgeordneten, und dem Bundestagsvizepräsidenten Dr. Richard Jaeger hat die CSU-Landesgruppe auch im neuen Bundestag nur Politiker der älteren Generation an ihrer Spitze. Senior und einer der Ältesten noch amtierenden Bundestagsabgeordneten überhaupt ist in der CSU-Landesgruppe mit 69 Jahren der niederbayerische Rechtsanwalt Kempfner. Die "schwarzen" Bayern haben in Bonn zwei Mann verloren, ihre Mehrheit gegenüber den Kollegen von der sozialliberalen Koalition ist von 16 auf 10 Mandate geschrumpft. Ein "schwarz-rotes" Gleichgewicht unter den Bayern in Bonn zeichnet sich für die nächste Legislaturperiode also schon ab,

Ganz anders sieht dagegen das neue Bild der bayerischen Abgeordneten von SPD und FDP aus. Beide haben ihre Bonner Mannschaft verstärkt, die FDP um einen, die SPD um zwei Mann. Der jüngste aller bayerischen Abgeordneten gehört der SPD-Landesgruppe an. Er heißt Uwe Lambinus, stammt aus Unterfranken und hat sich den Rechtsausschuß als parlamentarisches Aktionsfeld erwählt. Mit seinen 31 Jahren hat er allerdings nur ein halbes Jahr Vorsprung

vor dem Benjamin der FDP aus Bayern, dem Neuling Herbert Christ aus München. Das Durchschnittsalter der auf 33 MdBs angewachsenen Bayerischen Landesgruppe in der SPD-Fraktion liegt mit 44 Jahren gegenüber der VII. Legislaturperiode zwar ein wenig höher, doch hat sich die bayerische SPD-Präsenz in Bonn zur guten Hälfte mit sechzehn Abgeordneten im Alter von meist Mitte bis Ende dreißig für Bonner Verhältnisse radikal erneuert.

Von der beruflichen Struktur her unterscheiden sich die bayerischen Parlamentarier von den übrigen kaum. Allen gemeinsam ist ein ständiges Anwachsen des Anteils der Beamten, der Akademiker und hier vor allem der Juristen. Fast jeder dritte Abgeordnete aus Bayern in allen drei Fraktionen hat Rechtswissenschaften studiert. Im Aussterken scheinen dagegen Bauern und Arbeiter im Bundestag zu sein. Während das ländliche Element in der CSU-Landesgruppe mit einem echten Bauern, drei akademischen Landwirten und einem Bauernverbandsfunktionär noch einigermaßen repräsentiert ist, liegt bei der SPD mit sieben Arbeitern und Gewerkschaftsfunktionären mehr Gewicht auf der Arbeitswelt. Die Handwerker in allen drei Parteien kann man bereits einzeln aufzählen: Die CSU verfügt über einen Metzger und einen Schreiner, SPD und FDP haben je einen Bäcker in ihren Reihen. Kaufleute und mittlere Unternehmen finden sich vorwiegend in der CSU zusammen, während bei der SPD eine leichte Zunahme an Lehrern festzustellen ist. Ansteigend ist auch die Tendenz, Journalisten in die Verantwortung der aktiven Politik zu holen. Je vier Abgeordnete der CSU und auch der bayerischen SPD haben als Beruf Journalist angegeben. Der im sechsten Bundestag vorhandene "Proporz" an evangelischen Pfarrern ist zugunsten der CSU aufgehoben, nachdem der SPD-Pfarrer Christoph Schiller Landrat von Bayreuth geworden ist.

Entscheidend verändert hat sich jedoch die politische Potenz der neuen SPD-Landesgruppe aus Bayern. Mit dem Einzug des langjährigen Münchner Oberbürgermeisters Dr. Hans-Jochen Vogel in den Bonner Bundestag und seiner Übernahme eines Ministeramts haben die "roten" Bayern endlich ein adäquates Gegenüber zum "Vogel besonderer Art" der Union. Vier weitere "rote Bayern" sind als Parlamentarische Staatssekretäre Mitglieder der neuen Bundesregierung: Dr. Alfons Bayerl, Karl Herold, Dr. Dieter Haack und Konrad Porzner, in den Ressorts Justiz, innerdeutsche Beziehungen, Raumordnung/Städtebau und Finanzen. Den Vorsitz in der neuen Landesgruppe erhielt das SPD-Bundesvorstandsmitglied Bruno Friedrich aus Würzburg, der mit seiner fränkischen Riege einen guten Ausgleich zum Übergewicht der Münchner schafft.

Damit ist die Aufzählung prominenter Neulinge in der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag jedoch noch lange nicht beendet. Mit dem Bundesvorsitzenden des Deutschen Schriftstellerverbands Dieter Lattmann ist zum ersten Mal ein Schriftsteller in das Bonner Parlament eingezogen. Er hat mit der 34 Jahre jungen Vertreterin des Landkreises München, der bayerischen SPD-Abg. Anke Riedel-Martiny, die in Musik über Händel promoviert hat, und zwei Kollegen

aus anderen Bundesländern eine Bürogemeinschaft im "Langen Eugen" gegründet. Gleich mit Vollgas in die Bundespolitik eingestiegen ist auch der Medienexperte und "Kommunikationswissenschaftler" Dr. Peter Glotz, der bei verschiedenen Fernsehauftritten nicht nur durch seine Fachkenntnisse, sondern auch durch seinen dem Landesvorsitzenden Vogel nachempfundenen Habitus auffiel.

Unter den "alten Bonner Hasen" befinden sich so bewährte "Europäer" wie Ludwig Fellermaier, Georg Kahn-Ackermann und Hans Lautenschlager, die weiter an der europäischen Front vertreten sein werden. Auch der Gewerkschaftsboß der deutschen Eisenbahner Philipp Seibert ist wieder mit von der Partie. Verzichteten mußten die "roten Bayern" zwar auf den bundesweit bekannten Juristen Martin Hirsch, den Haushaltsexperten Max Seidel und den Finanzmann Gerhard Reischl. Doch zeichnet sich im juristischen Bereich als Nachwuchstalent bereits der Bamberger Dr. Hans de With ab, der im VI. Deutschen Bundestag Obmann für die Strafrechtsreform der SPD-Fraktion war und der jetzt einen Ausschußvorsitz erhielt. Der Experte für Strukturpolitik und Zonenrandförderung Franz Zebisch aus Weiden wurde im VII. Deutschen Bundestag wieder stellv. Landesgruppenvorsitzender. Unter den Neulingen der bayerischen SPD-Landesgruppe verdient noch der frühere Boß der bayerischen Jungsozialisten, Dr. Rudolf Schöffberger, besondere Erwähnung. Von ihm und einigen anderen jüngeren Bayern ist im Bonner Parlament sicher "frischer Wind aus dem linken Flügel" zu erwarten.

Ein kleines Kuriosum aus der neuen bayerischen Landesgruppe sei am Rande vermerkt: Statt des einen Günter Müller im VI. Bundestag, der zur CSU echappierte, verfügt die Landesgruppe in der VII. Legislaturperiode gleich über deren zwei: den Richard aus Bayreuth und den Rudolf aus Schweinfurt.

Wie sich das Gruppenbewußtsein in der bayerischen Untergliederung der neuen SPD-Fraktion entwickeln wird, hängt entscheidend von ihrem neuen Vorsitzenden Bruno Friedrich, aber auch von den Regierungsmitgliedern und den übrigen Funktionsträgern ab. Feststehen dürfte aber, daß diese SPD-Landesgruppe kein Schattendasein neben "schwarzen Weißblauen" aus der Unionsfraktion zu führen braucht, und daß das früher so einseitig mit CSU-Prominenz besetzte Klischee von den "Bayern in Bonn" kräftig retuschiert werden muß.

Maria Grüner  
(- / 9.4.1973 / ks / ex)